

Abhandlungen

Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2013 und 2014



Von Proff. Jörg Künzli,



Andreas Lienhard,



Markus Müller,



Pierre Tschannen,



Axel Tschentscher,



Judith Wytenbach, Departement für öffentliches Recht der Universität Bern

Die Autoren haben die Besprechung der bundesgerichtlichen Urteile der Bände 139/140 bzw. aus den Jahren 2013/2014 untereinander aufgeteilt; angestrebt wird eine Konzentration auf die wichtigsten Entscheide, insbesondere zu Grundsatzfragen. Im Vordergrund der Besprechung stehen Bundesgerichtsentscheide des Bandes 139 bzw. unpublizierte Urteile aus dem Jahr 2013. Entscheide bis Ende März 2014 (bzw. aus dem Band 140) sind punktuell berücksichtigt worden.

Die Beiträge sind mit dem Namen des jeweiligen Autors gekennzeichnet.*

Inhaltsübersicht

I. Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns (Axel Tschentscher)

II. Allgemeine Grundrechtslehren (Jörg Künzli)

III. Rechtsgleichheit und Willkürverbot

1. Rechtsgleichheit (Markus Müller)
2. Diskriminierungsverbot (Judith Wytenbach)
3. Willkürverbot und Treu und Glauben (Markus Müller)

IV. Grundrechte des Persönlichkeitsschutzes (Axel Tschentscher)

1. Menschenwürde, Nothilfe und Verbot erniedrigender Behandlung

2. Persönliche Freiheit

- 2.1 Hooligan-Konkordat
- 2.2 Keine «Pensionierung» für Strafgefangene
- 2.3 Licht- und Lärmimmissionen
- 2.4 Ausführregeln für Hundehalter

ZBJV 10/2014 | S. 777–847 **778** | ↑

- 2.5 Electronic Monitoring
- 2.6 Freiheitsberaubung
- 2.7 Einkesselung Kanzleiareal/Helvetiaplatz

3. Privatsphäre

- 3.1 Unzensurierte Häftlingspost
- 3.2 Keine Rechtsprechungsänderung nach Udeh-Urteil
- 3.3 Besuchsrecht ausländischer Elternteile
- 3.4 Keine formelle Beendigung der Reneja-Praxis

4. Informationelle Selbstbestimmung

- 4.1 HÖÖGAN-Datenabgleich
- 4.2 DNA-Profilpraxis

5. Recht auf Ehe – Telefonat mit der Ehefrau

6. Grundschulunterricht – Einschulungsklasse

V. Glaubens- und Gewissensfreiheit (Axel Tschentscher)

- 1. Kopftuchverbot für Schülerinnen (Bürglen)
- 2. Einfuhr von Koscher- und Halalfleisch

VI. Kommunikationsgrundrechte (Axel Tschentscher)

1. Meinungsfreiheit

- 1.1 Rufschädigende VgT-Werbespots
- 1.2 JUSO-Fotomontage mit nacktem Vasella
- 1.3 VgT gegen Vasella
- 1.4 Rassendiskriminierungsfälle

2. Medienfreiheit

- 2.1 Dignitas-Berichterstattung
- 2.2 Arena-Format
- 2.3 Gebührenverzeichnis bei öffentlichen Dokumenten
- 2.4 Kein Quellenschutz beim Dealerporträt «Roland»

3. Demonstrationsfreiheit

- 3.1 Genfer Kundgebungsreglement
- 3.2 Luzerner Samstagsdemonstrationen

VII. Eigentumsgarantie und Wirtschaftsfreiheit (Andreas Lienhard)

1. Eigentumsgarantie

- 1.1 Begrenzung einer privaten Zierbeleuchtung
- 1.2 Zeitwohnungssteuer
- 1.3 Zeitliche Geltung der Zweitwohnungsinitiative
- 1.4 Freilegung eines Bachs

- 1.5 Uferschutzplanungen
- 1.6. ARA-Durchleitung
- 2. Wirtschaftsfreiheit
 - 2.1 Keine Eintragung ins Anwaltsregister
 - 2.2 Verbot von Sonntagsarbeit gemäss Arbeitsgesetz
 - 2.3 Verbot eines LED-Bildschirms zur Plakatwerbung
 - 2.4 Entzug einer Bewilligung als Fluginstructor
 - 2.5 Gerichtsdolmetscher keine hoheitliche Tätigkeit gemäss FZA

VIII. Andere verfassungsmässige Rechte (Pierre Tschannen)

- 1. Politische Rechte
 - 1.1 Verfahren
 - 1.2 Verhältniswahl
 - 1.3 Volksinitiative
 - 1.4 Finanzreferendum
 - 1.5 Behördliche Einflussnahme
 - 1.6 Anforderungen an Gemeindeversammlungsprotokolle
- 2. Vorrang des Bundesrechts
- 3. Gemeindeautonomie
- 4. Gewaltenteilung

IX. Staatsverträge und Konkordate (Jörg Künzli)

X. Verfahrensgarantien (Judith Wyttenbach)

- 1. Allgemeine Verfahrensgarantien
 - 1.1 Anspruch auf gleiche und gerechte Behandlung (Verfahrensfairness)
 - 1.2 Anspruch auf rechtliches Gehör
- 2. Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege
- 3. Rechtsweggarantie
- 4. Garantien in gerichtlichen Verfahren
 - 4.1 Anspruch auf ein durch Gesetz geschaffenes, zuständiges, unabhängiges und unparteiisches Gericht
 - 4.2 Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlung und Urteilsverkündung
- 5. Garantien beim Freiheitsentzug

I. Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns (Axel Tschentscher)

Das Legalitätsprinzip und das Verhältnismässigkeitsprinzip des Artikels 5 BV können nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichts nicht als selbständige verfassungsmässige Individualrechte eingefordert werden ([Art. 98 BGG](#)). Weil für die Einschränkung von Freiheitsrechten das Programm des Artikels 36 BV als speziellere...

Dieses Dokument ist für Abonnenten oder Pay-per-Document-

Das Dokument "Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2013 und 2014" wurde von Gast am 27.04.2024 auf der Website zbjv.recht.ch erstellt. | © Staempfli Verlag AG, Bern - 2024

Kunden zugänglich.

Abonnieren ↗

Kaufen ↗

 Login